

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagsgesellschaft durch welche das Blatt herausgegeben wird. Die Redaktion ist in der Hauptstadt des Erzgebirges, Chemnitz, am Markt 10, unter der Nummer 10, zu finden. — Fernsprechnummer 1000. — Telegrammnummer: Amer Erzgebirge.

Abonnementpreise: Die Abonnementpreise für das Erzgebirge sind für das Jahr 1922 12.00 Mark, für das Halbjahr 6.00 Mark, für das Vierteljahr 3.00 Mark. Die Abonnementpreise für das Ausland sind höher. — Fernsprechnummer 1000.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 241

Sonnabend, den 14. Oktober 1922

17. Jahrgang

Fünf Jahre Moratorium und Finanzkontrolle?

Der Antrag Brabburgs.

Es kann jetzt als sicher gelten, daß die Reparationskommission in der offiziellen Sitzung vom 11. Oktober nach allgemeinem Meinungsaustausch über den neuen Marktzug nur von dem englischen Sanierungs-vorschlag Kenntnis genommen hat. Man nimmt an, daß Barthou in der folgenden offiziellen Sitzung die französischen Bedenken gegen den Plan Sir John Brabburgs darlegen wird.

Die Pariser Blätter verkünden, der englische Plan sei vollständig erlassen der deutschen Reparationszahlungen für fünf Jahre vor unter der Bedingung, daß Deutschland seinen Gläubigern Schatzwechsel mit fünfjähriger Laufzeit ausstünde. Es solle jedem einzelnen Ver-bündeten frei stehen, die deutschen Schatzwechsel zu verwerfen, aber unter ihrer eigenen Bürgschaft. Eine sol-darische Bürgschaft der Verbündeten sei nicht vorge-sehen; jeder einzelne Verbündete würde seinem Geld-geber gegenüber verantwortlich sein, falls Deutschland die Wechsel nicht einlösen sollte. Das Projekt Brab-burgs soll andererseits Maßnahmen für eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen vorschlagen. Es ver-lautet, das Garantiefomitee solle nach diesem Plan das Recht erhalten, die Ausgabe von deutschem Papiergeld nach eigenem Ermessen zu regulieren. Die meisten Pa-riiser Zeitungen sind der Ansicht, daß der englische Plan wenigstens in seiner gegenwärtigen Gestalt für Fran-reich nicht annehmbar sei.

Der Finanzplan Poincares für die Brüsseler Konferenz.

Die französische Regierung bereitet nach einer Mel-dung des New York Herald einen neuen Finanzplan für die am 15. November geplante Brüsseler Finanzkon-ferenz vor. Danach würde Deutschland nur den eigent-lichen Wiederaufbau Frankreichs be-zahlen, wogegen die Zahlungen für Pen-sionen usw. gestrichen werden. Hierdurch würde sich die deutsche Reparationssumme um etwa 25 Proz. vermindern. Frankreich bezweckelt selbst, in den nächsten vier Jahren keine Zinsen an Amerika zahlen zu können. Poincare wird daher nach dieser Richtung auf der Brüsseler Konferenz beantragen, die britische Note über die Regelung der interalliierten Schulden, die sogenannte Balfour-Note, zurückzuziehen. Da-selbst wird Frankreich jede Goldmark, die ihm von seinen Schulden gestrichen wird, auf Deutschland nachlassen. Der Plan Poincares dürfte in England auf Widerstand stoßen, da dessen Re-parationsforderungen ja gerade aus Zahlungen für Pensionen usw. bestehen. Man gibt sich darüber in Pa-riis auch keinerlei Illusionen hin und nimmt mit Be-stimmtheit an, daß die britische Regierung in Brüssel selbst mit einem Sanierungsprogramm hervortreten wird.

Die Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen.

Im Reichsfinanzministerium begannen die Verhand-lungen über die allgemeinen Fragen der Ausgleichszah-lungen. Daran nahmen teil von deutscher Seite Ver-treter des Reichsfinanz- und des Wiederaufbauministe-riums, sowie des deutschen Ausgleichsamtes. Seitens der alliierten Mächte sind anwesend die Leiter des Lon-doner, des Pariser und des Brüsseler Ausgleichsamts. Von den anderen an den Ausgleichszahlungen noch in-teressierten Staaten, wie Griechenland, Italien und Siam, sind keine Vertreter anwesend. Bei den Ver-handlungen wird man sich mit der Frage der Zahlungs-fähigkeit Deutschlands zu befassen haben. Deutschland kann angesichts seiner augenblicklichen Wirtschaftslage weder Ausgleichs-, noch Reparationszah-lungen in nächster Zeit leisten. Ganz be-sonders ist es nicht mehr in der Lage, irgendwelche Bar-leistungen aufzubringen. Es ist daher die Möglichkeit zu prüfen, wie auf andere Weise Zahlungen geleistet werden können.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Die Deutsche Volkspartei für eine Verschiebung bis 1924.

Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei legt sich erneut für eine Verschiebung der Reichsprä-sidentenwahl ein. Es schlägt vor, die Frage der Prä-sidentenwahl durch den Reichstag dahin gesetzlich regeln zu lassen, daß sie gleichzeitig mit den nächsten Reichs-tagswahlen im Sommer 1924 erfolgt. Damit würden, wie es in dem Organ heißt, die Bedenken, die gegen ein weiteres Provisorium der Präsidentschaft über-trieben, beseitigt.

Der Sozialanzeiger erzählt, daß der volksparteiliche Abgeordnete Winnick vor einigen Tagen in einer Un-terredung mit dem Reichspräsidenten die Gründe gal-

tend gemacht habe, die für eine Verschiebung der Wahl sprechen.

Nach einer weiteren Meldung des Sozialanzeigers sollen von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei be-reits Verhandlungen und Sondierungen darüber statt-gefunden haben, ob die Kandidatur Hindenburg auch bei anderen bürgerlichen Parteien in Frage kommt. Das bedeutet, so schreibt das Blatt, daß die Deutschnationalen nur dann Hindenburg zu einer Kan-didatur veranlassen würden, wenn er nicht als Kandidat der Deutschnationalen, also nicht als Parteikandi-dat, in Frage komme.

Aus der Aussprache in der letzten Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei hat sich laut „Zeit“ ergeben, daß der Parteivorstand der Auffassung zustimmt, daß es nicht empfehlenswert erscheint, die Reichspräsidenten-wahl am 3. Dezember vorzunehmen. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß wir in der inneren Politik zurzeit die Einheit nicht durch Wahlleidenschaft gefähr-den dürfen, und daß die ruhige Entwicklung auch aus Rücksichten auf außenpolitische Fragen nicht gestört werden dürfe. Die Deutsche Volkspartei wird ihre Be-mühungen weiter darauf richten, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß noch hinaus-geschoben wird.

Zu bedauern wäre es, wenn es wahr sein sollte, daß Generalfeldmarschall Hindenburg sich dazu be-reit erklärt hat, eine deutschnationale Kandidatur an-zunehmen. Der alte würdige Herr hat seiner Popula-rität schon mehrfach geschadet, indem er sich gerade aus diesen Kreisen schlecht beraten ließ. Uebrigens scheint die Deutsche Volkspartei mit ihrem Wunsch nach Ver-schiebung der Wahl allein auf weiter Flur zu stehen, denn auch die Deutschnationalen Korrespondenz erklärt die weitere stillschweigende Hinausschiebung der Wahl als reine Willkür mit dem Zusatz, daß Rücksichten weder auf dem Gebiete der inneren noch der äußeren Politik sie gegenwärtig begründen können.

Ende des Rathenauprozesses.

Vor Beginn der gestrigen Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß gegen die Angeklagten Schlicht und Dietzel die Anklage wegen Beihilfe fallen gelassen worden ist, daß dagegen die Anklage wegen Begünstigung bestehen bleibt. Hieraus sprachen die An-wälte Dr. Ueberberg-Berlin und Dr. Goldstädter-Berlin für die beiden Genannten, Johann Rechtsanwalt Paul Bloch für Tilleßen und Plaas.

Rechtsanwalt Bloch richtete am Schluß seines Plä-doyers an den Gerichtshof einen Appell, in dem er ausführte, in diesem Saale sei vom Geiste von Potsdam und dem Geiste von Weimar gesprochen worden. Der Urabergewicht der Deutschen habe auch hier sein grauen-haftes Haupt erhoben. Die Richter hätten heute ein Stück der deutschen Entwicklungsgeschichte in der Hand. Strecken Sie den anderen Kreisen die Hände entgegen durch eine Urteilsfindung, in der Sie den Geist der Ver-söhnlichkeit walten lassen! Es will mir scheinen, als ob es der Geist dessen ist, an dessen Waise wir stehen.

In seiner Replik hielt der Oberrechtsanwalt an, sei-ner Auffassung fest, daß Ernst Werner Tschow selbst er-klärt habe, er sei von der Notwendigkeit der Ermordung Rathenaus überzeugt. Von einer Ueberrumpelung kö-nne also keine Rede sein. Tschow sei nicht etwa durch die Todesdrohung kerns zur Abgabe des Ehrenwortes veranlaßt worden; Kern habe die Drohung vielmehr erst ausgesprochen, nachdem das Ehrenwort gegeben war. Erst dann habe Kern gesagt: „Wenn Sie Ihr Wort nicht halten, schicke ich Sie nieder.“ Da habe bereits der Entschluß Tschows festgestanden, die Tat mit den an-deren gemeinsam zu begehen.

Einzelne Rechtsanwälte ergriffen im Anschluß hier-an nochmals das Wort. Justizrat Dr. Oahn, einer der Verteidiger Ernst Werner Tschows, verlas den Brief der Mutter Rathenaus vom 3. Juli an Frau Tschow:

In namenlosem Schmerz richte ich Ihnen, Sie armste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich im Namen und im Geiste des Ermor-deten ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein böses, offenes Geständnis ablegt und vor der göttlichen Ge-rechtigkeit bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten aller Menschen, den die Erde trägt, dann hätte er eher die Wurdewaffe auf sich selbst gerichtet, als auf ihn. Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben.

In seinem Schlusswort sagte Tschow, von dem man eine größere Selbstverteidigung erwartet hatte: Ich be-treue nochmals, die volle Wahrheit gesagt zu haben. Es läßt sich gar nicht ausdenken, welche Verdärfte ich mir gemacht habe, daß ich Kern und Ueberberg

zugelassen hätte. Ich habe mich bemüht, mein Gewissen dadurch etwas zu beruhigen, daß ich alles offen darge-legt habe. Ich kann vertrauensvoll meine gerechte Bil-dung in Ihre Hände legen.

Das Urteil wird heute Sonnabend um 12 Uhr, um 8 Uhr verlesen werden.

Kleine politische Meldungen.

Deutschland zahlungsunfähig. Im Reichsfinanzministerium haben zwischen den deutschen zuständigen Behörden und den Leitern des Pariser, des Brüsseler und des Londoner Aus-gleichsamts die Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen begonnen. Wie diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergeb-nis führen sollen, ist nicht abzusehen. Es sei denn, daß die Gegner einsehen, daß Deutschland, dank der bisherigen Politik der Entente, zahlungsunfähig ist, und daß ein zahlungsun-fähiges Land nicht zahlen kann.

Lob der deutschen Kolonialtätigkeit. Die Versteigerung von 70 Grundstücken in dem Deutschland geraubten und England zugesprochenen Teile Kameruns hat das Ergebnis gebracht, daß die Angebote nur sehr gering waren. Interessant ist, daß der von der englischen Regierung herausgegebene Katalog durch seine Schilderung der deutschen Unternehmungen der deutschen Kolonialtätigkeit großes Lob spendet. Daburh wird der durch-sichtige Vorwand, unter dem Deutschland die Kolonien geraubt sind, daß es nämlich nicht kolonisieren könne, schlagend wider-legt.

Abschied des badischen Staatspräsidenten Hummel. Dem Lande Baden droht ein schwerer Verlust. Staatspräsident Dr. Hummel, dessen Amtszeit in wenigen Wochen abläuft, hat dem badischen Kabinett die Mitteilung gemacht, daß er sein Amt als Unterrichtsminister niederzulegen und aus dem Staatsdienst auszuschcheiden beabsichtige, um eine leitende Stellung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen zu über-nehmen. Hummel, von Beruf Naturwissenschaftler, begründet seine Absicht damit, daß er wieder in das Gebiet seiner wissen-schaftlichen Tätigkeit zurückkehren wüßte. So begründet dieser Wunsch ist, so bedauerlich bleibt es, daß ein so tüchtiger und kenntnisreicher Politiker aus dem Staatsdienst auscheiden und gewissermaßen die „Fucht in die Industrie“ antritt. Wer als Nachfolger Hummels auf den Posten des Kultus- und Un-terrichtsministers in Frage kommt, steht noch nicht fest; wahr-scheinlich wird der Posten dem früheren badischen Außenminister Reichstagsabgeordneten Dietrich angeboten werden. Als Nach-folger Hummels als Staatspräsident kommt nach dem in Baden üblichen Usus ein Sozialdemokrat, wahrscheinlich der Minister des Innern, Kemmele, in Betracht.

Rußland verlangt Mitbestimmungsrecht über die Meer-engen. Die „Times“ melden aus Riga, daß der Vertreter der Sowjetregierung in Angora das dortige Kabinett davon verständigt habe, daß jedes Uebereinkommen zwischen der Tür-kei, England und anderen Mächten, durch das ohne Hinzugiehung Rußlands über die Meerengenfrage entschieden werden würde, als eine Verletzung des russisch-türkischen Vertrages angesehen werden müßte, die zu ernststen Konsequenzen führen würde.

Die Sanierungspläne des Völkerbundes für Oesterreich. Die Regierung legte im Nationalrat den bisher geheimgehalte-nen Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes vor, der u. a. folgende Vorschläge zur Sanierung enthält: Die industriellen Unternehmungen des Staates, vor allem die Eisenbahnen, sollen nach Möglichkeit verpachtet werden. Die Zahl ihrer An-stellen ist einzuschränken. Das Defizit Oesterreichs wird für die nächsten zwei Jahre auf 520 Millionen Goldkronen er-rechnet. Die Staatsausgaben sollen durch Steuern von etwa 40 Goldkronen pro Kopf der Bevölkerung aufgebracht werden. Der Zinsendienst Oesterreichs wird im Jahre auf 70 MIL. Gold-kronen veranschlagt.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Aue

am 13. Oktober 1922.

Die Sitzung war von 24 Stadtverordneten besucht und wurde geleitet vom 1. stellvertretenden Stadtver-ordnetenvorsitzer Justizrat Raabe. Am Ratssitzungstisch saßen die Stadtverordneten drei Mitglieder zu wählen. Es wurden durch Jurof bestimmt die Stadtv. Schiele und Brandt und Fabrikdirektor Schlabing. Der Rat hat zu diesem Ausschusse gewählt Stadtv. Günther, Stadtv.-Vorsteher Frey und Gastwirt Jansen. Das Ministerium verlangt die Anstellung hauptamtlicher Fortbildungsschullehrer. Deshalb be-schließt das Kollegium nach ausgiebiger Aussprache, die sich darum drehte, ob zwei oder drei solcher Lehrer an-zustellen sind, die Anstellung von zwei hauptamt-lichen Fortbildungsschullehrern und einer hauptamtlichen Lehrerin. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde das Ordregebet über die Wohnungsbauabgabe verabschiedet mit der Ein-schränkung, daß die Steuer erst vom 1. Oktober 1922 an erhoben werden soll. Nachdem aber der Rat treffliche Gründe für seinen Standpunkt, die Steuer schon vom 1. April 1922 ab zu erheben, vorgebracht hat, wird beschlossen, dem Ratsschlusse beizutreten. Erhöht wird die Gebühr für die amtliche Untersuchung der Maßungsmittel, der Preis für 1 Kubikmeter Waasser auf 3 Mark und der Mindestwaasserpreis um 100 Prozent